

iFijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 667

Mittwoch, 31. Oktober 2018

25. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Zentralamerikanische MigrantInnen fliehen gemeinsam vor Armut und Gewalt.....	1
Warum heute Tausende honduranische MigrantInnen nach Guatemala gekommen sind.....	1
Aktuelle Entwicklung.....	3
Nicht getrennt zu werden, das ist das wichtigste für die Familien in der Karawane: Eine Momentaufnahme.....	3
Erfolge des Paktes der Korrupten im Kongress und der prompte Versuch der Umsetzung	4
Crisis Group-Bericht über die Erfolge der CICIG.....	5

Zentralamerikanische MigrantInnen fliehen gemeinsam vor Armut und Gewalt

Chiapas und anderswo, 25. Okt. - *Selbst in die deutsche Medien ist die gemeinsame und solidarische Flucht zentralamerikanischer MigrantInnen über Mexiko in die USA vorgedrungen. Es ist ein wenig so, wie im Sommer 2015 in Europa. Die MigrantInnen sind verzweifelt und zu allem entschlossen. Jimmy Morales missfällt die Unruhe und die USA sehen eine Flut über sich hereinbrechen, drohen mit einer Verstärkung ihrer Grenzen und interessieren sich überhaupt nicht für die Ursachen der Flucht: die unvorstellbare Gewalt, vor allem in Honduras und El Salvador. Sie ist – wie Gabriel Woltke zeigt – doppelt(!) so hoch wie im nicht gerade gewaltarmen Guatemala. Das gilt auch für Mexiko. Im Folgenden bringen wir zur Einführung den Text von Woltke vom 15. Oktober, als der grosse Marsch begann. Es folgen einige Einzelschicksale und die Reaktionen der Regierungen in Guatemala, Mexiko und den USA.*

Warum heute Tausende honduranische MigrantInnen nach Guatemala gekommen sind

Es kümmert sie nicht, dass ihr Weg hart und gefährlich ist. Noch weniger, dass die Regierung von Jimmy Morales verkündet, er werde sie nicht ins Land lassen. Heute, nach zwei Tagen Fussmarsch, überquerten 2.000 HonduranerInnen die Grenze Guatemalas, eine Station auf ihrem Weg Richtung USA. Hier ein paar Hintergründe zu diesem Exodus.

1. Was ist so schlecht in Honduras?

Am Freitag, den 12. Oktober, versammelten sich Tausende HonduranerInnen am Zentralen Busbahnhof von San Pedro Sula. Von hier aus machten sie sich auf den Weg und versicherten, dass es ihr Ziel sei, die USA zu erreichen: Ihr Slogan ist: „Wir gehen nicht, weil wir wollen, sondern weil Gewalt und Armut uns dazu zwingen!“

Die Daten für Honduras ähneln denen Guatemalas. Beim Index der menschlichen Entwicklung von UNDP liegt Honduras auf Platz 133, sechs Plätze unterhalb von Guatemala. Die Gewalt ist eine reale Bedrohung. Honduras ist das einzige zentralamerikanische Land, in dem zwei Städte im Ranking der gefährlichsten Städte der Welt weit oben steht: San Pedro Sula und Tegucigalpa auf den Plätzen 24 und 25 mit einer Mordrate pro 100.000 Einwohnern von 51,18 bzw. 40. Dabei muss festgehalten werden, dass sich das Land in Sicherheitsfragen in den letzten Jahren verbessert hat [*wikipedia gibt für San Pedro Sula 2014 eine Ziffer von 171 pro 100.000 an, d.Red.*) und dass Guatemala Stadt noch gewalttätiger ist: Platz 23 mit 53,49 pro 100.000 Einwohner.

Eines der Hauptprobleme in Honduras ist die Korruption und Straffreiheit. Seit dem Militärputsch von 2009 gegen Präsident Manuel Zelaya befindet sich das Land in einer politischen Krise. Im Jahre 2017 wurde ein Korruptionsskandal in der Sozialversicherungsbehörde bekannt, der zur Festnahme von mehr als 40 hohen RegierungsbeamtInnen führte.

Auch wenn sie in dem Fall Verantwortung trug, hat sich die Regierung von Juan Orlando Hernández trotz der Protestmärsche der Bevölkerung geweigert, zurückzutreten. Im Gegenteil, der Präsident hat kurz darauf seine Wiederwahl in einer Wahl erlangt, die viele BürgerInnen als Wahlbetrug ansahen. Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) versuchte eine der CICIG ähnlichen Institution, die „Hilfsmission gegen Straffreiheit in Honduras“, einzurichten, aber diese wurde von Mitgliedern der Regierung übernommen und bringt nicht die Ergebnisse, die sich die BürgerInnen davon versprochen haben.

2. Ist der Marsch der MigrantInnen legitim?

Die honduranischen Zeitschriften *El Herald* und *La Tribuna* berichteten, dass am Samstag 1.200 Personen sich zu der Karawane versammelt haben. Die Mobilisierung wurde von vielen HonduranerInnen unterstützt und legitimiert. Damit die Reise möglich wird und um die Mühe zu erleichtern, haben BürgerInnen Busse zur Verfügung gestellt, um sie zur guatemaltekischen Grenze zu bringen. Auch wenn die soziale Lage, vor der sie fliehen, wirklich kritisch ist, haben einige Namen von Personen, die mit dem Marsch zu tun hatten, Aufmerksamkeit hervorgerufen. Der Fernsehsender *Univisión* mutmasste, dass die Liberale Partei des ex-Präsidenten Manuel Zelaya den Marsch für seine Zwecke manipulieren könnte. Und zwar deshalb, weil trotz aller Äusserungen, dass der Marsch spontan organisiert worden sei, der ehemalige liberale Abgeordnete Bartolo Fuentes bereits vor Beginn des Protestzuges in den sozialen Netzwerken einen Aufruf gestartet hatte, sich zu sammeln und die gemeinsame Flucht zu unterstützen. Fuentes widersprach dem und versicherte, dass er den Marsch unterstütze, weil die Marschierenden ihn darum gebeten hätten und dass er dies zudem als „unabhängiger Journalist“ tue. Natürlich ist der Marsch eine Antwort auf die momentane politische Situation. Letzte Woche fand die Zweite Konferenz über die Wohlfahrt und Sicherheit in Zentralamerika statt, ein Treffen, das die Regierung von Donald Trump nutzte, um von den Regierenden des Isthmus Anstrengungen gegen die Migration zu verlangen und daran die wirtschaftlichen Hilfen zu knüpfen. Bei dem Treffen wies der honduranische Präsident darauf hin, dass er die Emigration um 36% gesenkt hätte und die Grenzen verstärkt habe. Als Gegenleistung forderte er die Erhöhung der finanziellen Hilfen. (...)

3. Was erwartet die MigrantInnen, die die USA erreichen wollen?

Die US-Botschaft in Honduras war die erste Institution, die sich am 13. Oktober zum Marsch äusserte: „Wir sind ernsthaft besorgt über die Karawane der MigrantInnen, die von Honduras gen Norden zieht. Getragen von dem falschen Versprechen einiger Personen, die ihre Landsleute ausbeuten wollten, dass sie in die USA einreisen dürften. Die USA werden ihre Einwanderungsgesetze rigoros einhalten“. Der Plan der MigrantInnen besteht darin, an die Grenze der USA zu gelangen und dort politisches Asyl zu beantragen. Allerdings wird es nicht leicht zu sein, dorthin zu kommen, weil die Regierungen von Guatemala und Mexiko ebenfalls alarmierende Statements abgegeben haben, in denen sie versicherten, dass sie die Einreise nicht erlauben würden, wenn diese nicht den gesetzlichen Bestimmungen entsprächen.

Reaktionen aus den USA

Bekanntermassen regiert die Trump-Administration vorwiegend über Twitter. Insofern sollen hier die Reaktionen der USA auf den Marsch der MigrantInnen anhand einiger Tweets veranschaulicht werden. Auch wenn sie vom 16. Oktober stammen, so hat sich die Haltung seither nicht verändert:

Präsident Donald Trump: „Die USA hat dem Präsidenten von Honduras unmissverständlich klargemacht, dass wenn diese grosse Karawane von Menschen, die sich Richtung USA bewegt, nicht gestoppt wird und die Menschen nicht wieder zurück nach Honduras gebracht werden, keinerlei finanzielle Unterstützung und Hilfgelder mehr fliessen werden. Und zwar ab sofort!“

Vizepräsident Mike Pence: „Ich habe dem honduranischen Präsidenten Hernández gesagt, dass die USA diese eklatante Missachtung unserer Grenze und unserer Souveränität nicht tolerieren wird.“

Die Karawane der MigrantInnen, die weltweit für Aufsehen gesorgt hat, ist ein Alptraum für Donald Trump. Der Präsident twitterte bereits seine Einschätzung über das Verhalten der MexikanerInnen gegenüber der Karawane: „Leider wird es wohl so aussehen, als ob die Polizei und das Militär in Mexiko unfähig sind, die Karawane zu stoppen, die sich auf die Grenze der USA zu bewegt. Kriminelle und unbekannte Personen aus dem Mittleren Osten mischen sich darunter“, meint Trump. Man wusste, dass eine Journalistin des Senders FOX namens Sara Carter am Montag an die Grenze fuhr und verkündete, dass sie diese kriminellen Subjekte und MigrantInnen, die nicht aus Zentralamerika stammten, gesehen habe. Carter sei dabei vom Sekretär des guatemaltekischen Geheimdienstes, Mario Duarte, begleitet worden. Die guatemaltekische Regierung hat dazu öffentlich nicht Stellung genommen.

Guatemalas Regierung weist ab, Zivilgesellschaft bietet einen Brückenkopf an

(...) Die Regierung von Jimmy Morales versuchte gestern, den Übertritt der Karawane zu verhindern, indem sie Kräfte der Polizei (PNC) zusammenzog, die unter der Aufsicht der höchsten Ämter im Innen- und Verteidigungsministerium stehen. Allerdings war das nicht möglich angesichts der grossen Anzahl von Menschen in der Karawane. Die Bevölkerung von Esquipulas baute Hütten für die MigrantInnen auf und das Rote Kreuz errichtete mobile Kliniken, um sich um die Menschen zu kümmern, die angesichts der Strapazen des Fussmarsches über Wunden klagten und unter schweren gesundheitlichen Leiden litten. Im Moment ist nicht bekannt, auf welcher Route sich der Zug der Menschen bewegen wird und ob die Regierung versuchen wird, ihren Weg aufzuhalten. Die einzige sichtbare Massnahme war die Festnahme von Bartolo Fuentes, dem honduranischen Journalisten und ex-Abgeordneten, den viele Medien als einen der AnführerInnen des Marsches ansehen. Fuentes wird in den nächsten Stunden nach Honduras ausgewiesen. Seine Verhaftung beruhte auf dem Vorwurf der Einreise ohne Dokumente.

Mexiko verstärkt die Bewaffnung an den Grenzen

Im Moment scheint die mexikanische Grenze das grösste Hindernis für die Karawane zu sein. Die Nationale Institution für Migration veröffentlichte eine Pressemitteilung, in der es heisst: „Das Personal der Migration wird die gesetzlichen

Bestimmungen für die Einreise verändern. Und, diejenigen, die sie verletzen, denen wird die Einreise verweigert.“ Zugleich würden die Sicherungen an der Grenze zu Guatemala verdoppelt, um die Einreise der Karawane zu verhindern. In Tapachula (Chiapas), so berichtet die honduranische Zeitung *La Prensa*, schwärmten bereits Hunderte PolizistInnen der Bundesstaaten aus. Die Reaktionen der internationalen Gemeinschaft auf den Exodus der HonduranerInnen ist ganz anders als die auf den Exodus der VenezolanerInnen. Für letztere richtete die OAS eine internationale Kommission ein, um sicherzustellen, dass die Rechte der MigrantInnen, die vor der Regierung von Nicolás Maduro fliehen, eingehalten werden.

Aktuelle Entwicklung

23. Oktober: Die Karawane der honduranischen Flüchtlinge machte Rast in Huixtla (Bundesstaat Chiapas), nachdem sie einige Tage durch den Bundesstaat Chiapas gegangen war. Sie haben dabei Anzeichen der Solidarität von Seiten der mexikanischen Bevölkerung erhalten, nachdem es einen sehr schwierigen Grenzübergang über die guatemalteki-sch-mexikanische Grenze in Ciudad de Hidalgo gab. Gestern wurde ein Honduraner von einem Auto tödlich verletzt. Deshalb hatten die MigrantInnen entschieden, eine Rast einzulegen, um dem Verstorbenen zu gedenken. Von der guatemalteki-schen Seite kam eine andere Gruppe, ebenfalls etwa 1.200 Personen, die in den vergangenen Tagen in Honduras aufgebrochen waren und versprach, sich mit der ersten Gruppe, die bereits in Mexiko war, zu vereinen. Währenddessen entschieden sich mindestens 350 HonduranerInnen, an dem guatemalteki-schen Grenzposten Tecún Umán (San Marcos) zu bleiben, um die Einreisebestimmungen der Polizei und der Migration in Mexiko zu akzeptieren. Sie wurden in ein Aufanglager gebracht, um dort Asyl zu beantragen.

24. Oktober: Von Huixtla nach Mapastepec: Die grosse Karawane der HonduranerInnen dringt immer näher an die mexikanische Grenze vor. Nach der Rast am Dienstag (...) blieben sie am Hauptplatz von Huixtla, um ihre nächste Haltestelle in Angriff zu nehmen: Mapastepec. Der Weg war aufgrund des nun heissen Wetters schwierig. Donald Trump —dieser besorgte Zuschauer— schrieb zwei Botschaften gegen die Karawane: Seine Hauptsorge sei, dass sie sich den USA nähern könnte, jetzt, wo die Midterm Elections sind. Die erste Botschaft lautete: „An alle, die sich illegale Emigration wünschen und verteidigen: Schaut, was in Europa in den letzten fünf Jahren passiert ist: Das totale Chaos!“; die Zweite lautet: „Wir sind eine grosse souveräne Nation. Wir haben schwer gesicherte Grenzen und wir werden niemals Personen erlauben, illegal in unser Land einzureisen!“ In all der Zeit, seit die Karawane in San Pedro Sula aufbrach, hat Trump solche Drohbotschaften abgesetzt und mit seinen Vorwürfen eine Diskussion über die Legitimität der Migrationsbewegung provoziert. In einer verkündete er, dass Terroristen des sog. Islamischen Staates unter den MigrantInnen gesichtet worden seien – und dass diese «Tatsache» einen nationalen Notstand auslösen würde. Allerdings gab er gegenüber US-Medien zu, dass er für die Präsenz von Personen aus dem Mittleren Osten in dem Zug der ZentralamerikanerInnen keinerlei Beweise vorlegen könne.

Nicht getrennt zu werden, ist das wichtigste für die Familien in der Karawane: Eine Momentaufnahme

24. Okt. - Die Karawane der HonduranerInnen (und anderer ZentralamerikanerInnen) geht langsam, aber als eine Einheit. Sie wissen um die Probleme, die sie in Mexiko erwarten. Das Ziel heute: Mapastepec. Die Überlebensstrategie der Karawane ist das Zusammenbleiben. Am Dienstag rastete sie in Huixtla, wo sie einem verstorbenen Kameraden gedachten, um danach am Mittwoch 60 Kilometer zurückzulegen. Das Zusammenbleiben ist wichtig, um die Schwierigkeiten, denen sie gegenüberstehen, zu meistern. Am Mittwochmorgen wurde angezeigt, dass Leute aus dem Ort versucht hätten, drei Kinder auszurauben. Die Verdächtigen waren mexikanische Entführer, aber die Gruppe fing sie und unter Schlägen brachten sie sie zur Polizei.

Die HonduranerInnen waren nun vier Tage in Mexiko. Schwimmend oder in kleinen Booten überquerten sie den Fluss Suchiate und schafften es, sich einen Weg nach Norden zu eröffnen. Nachdem sie den Weg nach Tapachula aufgaben, gingen sie in das nächste Dorf. Sie erreichten Huixtla am Montagabend, bereit, am Dienstag den Weg bis nach Mapastepec, 60 Kilometer entfernt, zurückzulegen. Ihr erster Zwischenstopp war Escuintla in Guatemala gewesen.

Die Gruppen, die die Karawane bilden, sind mehrheitlich ganze Familien, die an der Grenze nicht getrennt werden wollten. Die, die entschieden, nicht zu gehen und bei ihren Frauen und Kindern zurückbleiben wollten, befinden sich nun in einem Haftzentrum, aus dem sie nicht herausgehen können.

Dies ist die Situation, in der sich Claudia befindet. Sie ist eine Mutter von 30 Jahren und liess ihre vier Kinder in dem Geburtsdorf ihrer Mutter am Lago de Yojoa, Honduras, zurück. Sie floh mit ihrem Bruder Josué, ihrer Schwägerin Sandra und ihrer Nichte Montserrat (4 Jahre alt). Sie gehören zu den wenigen, die bis Sonntag die Grenze überquerten, zu denen, die die kleine Karawane bildeten in Ciudad de Hidalgo und eigentlich am selben Tag im 38 Kilometer entfernten Tapachula sein wollten (*die reichste Stadt in Chiapas mit 200.000 EinwohnerInnen, d.Red.*) - ohne Erfolg. Aber sie beschlossen, am Montag früh aufzustehen und kamen in Huixtla zusammen mit der grossen Karawane an, die einmal fast 40 Kilometer von ihnen entfernt war. Claudia ist es gewohnt, den übrigen Flüchtlingen zu folgen. Am Anfang der Reise war sie nicht überzeugt, als die Gruppe von Tausenden HonduranerInnen nach Guatemala aufbrachen.

„Ich stiess am vergangenen Montag zu ihnen, in Esquipulas, weil ich sehr viel schneller gehe“, erzählt sie über ihre Reise. Sie wollte eigentlich an der Grenze von Tecún Umán bleiben, aber nun mit ihrer Familie, weil sie “legal” herübergehen wollten. Aber als sie genug davon hatten, in der Sonne zu warten, nahmen sie ein Boot über den Fluss.

„Was sagt deine Mutter dazu, dass Ihr zwei entschieden habt, mit der Karawane mitzugehen?“ - „Die stirbt vor Angst. [Sie lächelt] Sie ist so nervös und schwach, na ja, da ist es doch logisch, dass sie das mitnimmt, aber wir sind jetzt erst

einmal hier, da gibt es keinen Weg zurück”, sagt Claudia mit einem verschmitzten Gesichtsausdruck. Später erzählt sie, dass ihren Kindern nicht erklären konnte, dass sie entschied, nach Guatemala zu gehen. Claudia weiss nicht, wann sie zurückkehren wird und wollte entsprechenden Fragen ausweichen.

Die Karawane und das blinde Vertrauen in die Organisation “Völker ohne Grenzen“

Mit den Kindern auf den Armen, Sandalen, die Verbände und Schmerzen unterstützen, Rucksäcken mit Kleidung und Medikamenten gehen die ZentralamerikanerInnen, begierig, vorwärts zu kommen. Sie sind jetzt elf Tage unterwegs. (...) Die Müdigkeit ist in ihren Gesichtern zu sehen: trocken und sonnenverbrannt, aber dennoch ausdrucksstark. Jedes Mal fühlen sie sich weniger toleriert und suchen nach ein klein wenig Komfort. Sie haben Schwierigkeiten, die Angebote der Verwaltungen zu akzeptieren, weil ihre Körper sich verweigern wollen. Aber die Angst hält sie gefangen.

Die Verwaltung von Huixtla erwartete die Flüchtlinge mit Wohnräumen des Zivilschutzes, einer staatlichen Institution, die für die Sicherheit aller Personen zuständig ist. Auch der Bürgermeister von Huixtla, José Luis de la Parra Calderón, erbat Hilfe von den Ambulanzen und den lokalen und föderalen Polizeipatrouillen, um die HonduranerInnen von der Stadtgrenze in Herbergen zu bringen: ein Schiff, ein grosser Sportkomplex mit Platz für viele Menschen. Jedoch erschreckte die staatliche Präsenz, die Zäune und Tore um den grossen Raum die Führungspersönlichkeiten der “Völker ohne Grenzen“ und sie führten sie alle zurück in den Stadtpark, einem im Vergleich dazu kleinen Raum.

„Sie waren sehr schlecht organisiert und sehr misstrauisch. Aber wir werden ihnen nichts tun, wir können nicht. Wir möchten nur sicherstellen, dass es ihnen gut geht und dass sie sicher sind. Deswegen heissen wir ja Zivilschutz“, erklärt der Pressesprecher des Zivilschutzes in Chiapas, Guillermo Soto.

Diese Vorsicht von Seiten der Führung der “Völker ohne Grenzen“, bekannt als grüne Westen (das Kleidungsstück, das sie von anderen abhebt), hat zu Spannungen innerhalb der Karawane geführt. Einige waren es Leid, anderen zu misstrauen und die mexikanischen Behörden wie auch die RepräsentantInnen des Menschenrechtskomitees (CNDH) bestanden darauf, dass es keine Falle war. Daher glaubten nicht alle den Führern. Als es Abend wurde und sie bemerkten, dass doch die meisten im Stadtpark waren, entschieden sie, dass sie sich nicht von den anderen trennen würden und schliefen alle gemeinsam.

Die Gruppe, mit der Claudia kam, schlief in einem Dorf namens Frontera, gelegen zwischen Ciudad Hidalgo und Tapachula, und erreichte die Hauptgruppe in Huixtla. Sie suchten die Führungspersönlichkeiten der Völker ohne Grenzen, weil sie hörten, dass sie diejenigen seien, die den Weg kennen würden.

„Wir verliessen die Sportherberge und gingen in den Park. Sie sagen, dass wir in der grossen Herberge nicht sicher wären und dass unsere FührerInnen im Park seien“, sagte Claudia. Sie und ihre Familie träumen von den USA. Aber im Unterschied zu ihrer Schwägerin und ihren Bruder, weiss Claudia, wo genau sie hin will und was sie dort machen wird. „Nach Las Vegas.“ - „Warum dorthin?“ - „Ich habe eine Freundin, die dort wohnt und sie sagt mir, dass ich dort Arbeit finde bei Subway.“ - „Und was machst du dort?“ - „Na, Sandwiches.“ Claudia liebt es zu kochen.

Die Entscheidung, Lago de Yojoa zu verlassen, hatte damit zu tun, dass sie ihr Geschäft aufgeben wollte. Sie verkaufte Essen, insbesondere das honduranische Nationalgericht: Baleadas. Aber da sie dafür Schutzgeld an die Banden zahlen sollte, verdiente sie nichts mehr, bis sie an den Punkt kam, dass ihr die Gelder für die Banden nur noch Verluste brachten.

„Ich konnte das Lokal nicht mehr zahlen, das Licht, das Wasser, keine Angestellte, die mir geholfen hatte“, erinnert sie sich mit Schrecken, aber ohne ihr Lächeln zu verlieren. Die Ankunft in Huixtla war ein Sieg, klein im Verhältnis zu dem grossen Ziel, aber erfreulich im Verhältnis zu den Hindernissen, die sie zu bewältigen hatten. (...)

Erfolge des Paktes der Korrupten im Kongress und der prompte Versuch der Umsetzung ...

Wir hatten in den letzten Ausgaben über die Entwürfe berichtet, die es ParteienvertreterInnen, gegen die wegen der illegalen Parteienfinanzierung ermittelt wird, straffrei ausgehen zu lassen. Geändert wurde der Artikel 407N des Strafgesetzbuches und neu eingerichtet ein Artikel 207O. Der Entwurf, der von der „Opposition“ partei UNE eingebracht wurde, erhielt am 18.10. 93 Ja-Stimmen. Dies hilft den GeneralsekretärInnen der Parteien FCN, UNE, EG und UCN, Jimmy Morales, Orlando Blanco, Nineth Montenegro und Roberto Villate, gegen die aktuell wegen nicht gemeldeter Parteispenden ermittelt wird. Gladys Olmstead von Nómada fasst das Geschehen zusammen und erläutert die Folgen.

Guatemala, 19. Okt. - Der Kongress hat einen neuen Pakt der Straffreiheit auf den Weg gebracht, indem er eine Reform verabschiedete, die die GeneralsekretärInnen der politischen Parteien und die Finanziere der illegalen Wahlkampfspenden begünstigt – also von hochrangigen Mitgliedern des mächtigen Unternehmensverbandes CACIF bis zu korrupten und kriminellen PolitikerInnen. Die Demokratie wird weiterhin im Ausverkauf stehen. In den letzten Jahren waren die Abgeordneten geradezu besessen davon, den Artikel 407N des Strafrechts [*also den Artikel, der die ungesetzliche Finanzierung von Wahlkämpfen betrifft, d.Red.*] zu verändern. Sie verhandelten, bildeten Allianzen, legten ihre Asse auf den Tisch und gewannen schliesslich.

„Der Kongress macht weiterhin die Gesetze zum eigenen Nutzen, ebenso wie beim Thema des Transfugismo [*also dem mehr oder minder willkürlichen Wechsel der Fraktionen, d.Red.*] oder die Entfernung des amtierenden Menschenrechtsbeauftragten PDH [*der mit Verfassungsklagen erste Schutzgesetz für Korrupte verhindert hatte, d. Red.*] oder von RichterInnen des Verfassungsgerichts. All das geschah nur zum eigenen Schutz und Nutzen“, meinte Marvin Flores, po-

litischer Analyst der BürgerInnenaktion (AC).

Gestern hat der Abgeordnete der Einheit für Nationale Hoffnung (UNE), Marco Antonio Lemus Salguero, einen Eilantrag gestellt, der – sofern er angenommen wird – es erlaubt, die Reform des Paragraphen 407N verabschieden. Der Paragraph hatte die Generalsekretäre der politischen Parteien und deren Finanzgeber in rechtliche Schwierigkeiten gebracht, aber das Verfassungsgericht hatte auf Probleme des Entwurfs hingewiesen. In ihrer vorherigen Version gab es keine Unterscheidung zwischen den verschiedenen Möglichkeiten einer illegalen Wahlkampfunterstützung. Desgleichen verurteilte er die Finanzierungen aus illegalen Quellen, wie beispielsweise dem Drogenhandel, genauso wie die aus jenen Quellen, die einer Partei ungewöhnlich gewährt werden oder die nur nicht in der Buchhaltung erfasst werden. Deshalb hat das Verfassungsgericht eine Reform gefordert, um für jede Form der illegalen Finanzierung Sanktionen und faire Verurteilungen festlegen zu können.

Was den Abgeordneten am wichtigsten ist, ist die Straffreiheit

Sie haben den Inhalt der Paragraphen aufgeteilt. Nun sanktioniert Artikel 407N die Finanzierung aus kriminellen Quellen – sowohl für die Finanziere als auch für die VertreterInnen der Parteien, die diese Hilfen erhalten. Ihnen drohen zwei bis fünf Jahre Haft ohne Bewährung und eine Geldstrafe in Höhe von 20.000 bis 100.000 Q (=), je nach Schwere des Falles. Für die folgenden fünf Jahre dürfen die Verurteilten keine öffentlichen oder politischen Funktionen inne haben, noch LieferantIn oder VertragspartnerIn bei öffentlichen Aufträgen sein. Im selben Artikel, Nummer 407O wird eine Parteienfinanzierung, die nicht der Obersten Wahlbehörde TSE gemeldet wird, unter Strafe gestellt – ebenfalls zu maximal fünf Jahren Haft, allerdings mit der Möglichkeit, zur Bewährung ausgesetzt zu werden. Es gibt auch eine Geldstrafe und eine gewisse Zeit, in der nicht mit oder in der Regierung gearbeitet werden darf, so wie in dem anderen Fall.

In beiden Paragraphen gibt es kleine Fallen. Im Unterschied zur vorherigen Version, in der die Verantwortung bei GeneralsekretärInnen der Parteien liegt, fehlt nun eine Verantwortung eines oder einer direkten RepräsentantIn der Partei. Nun wird jene Person belangt, die finanziellen Mitteln, die aus kriminellen Quellen kommen oder nicht gemeldet wurden „zustimmt, erhält oder erbringt“. Beim Delikt einer Parteienfinanzierung aus kriminellen Quellen, muss die Person, die diese erhalten hat, das tun „in dem Wissen“, dass dies eine schwerwiegende Straftat ist. Das heisst, die Staatsanwaltschaft (MP) muss beweisen, dass der Sekretär oder das Mitglied der Partei, die das Geld erhalten hat, wusste, dass das Geld aus kriminellen Quellen stammt.

„Es ist nicht dasselbe, ob sie dich für 12 Jahre wegen anonymer Finanzierung oder nicht gemeldetem legalen Geld ins Gefängnis stecken wollen oder ob du Geld vom Drogenkartell bekommst“, sagt Juan José Porras von der Partei VIVA, um die verabschiedeten Reformen zu erklären. Auf der Frage nach der abschreckenden Wirkung der Sanktionen antwortete er: „Ich glaube, dass niemand fünf Jahre im Knast verbringen will – und noch weniger wegen der finanziellen Unterstützung einer politischen Partei.“ Porras war der einzige Abgeordnete, der auf die Anfragen der Medien reagiert hat.

Weder Orlando Blanco oder Carlos Barreda von der UNE noch Nineth Montenegro von der EG wollten sich äussern. Der Staatsanwaltschaft, der für Wahldelikte zuständig ist, Óscar Schaad, erklärte auf die Frage über die Möglichkeit, dass einige aktuell offen stehende Ermittlungen zu solchen Fällen geschlossen werden könnten: „Ich kenne noch nicht den Inhalt der Reform in Gänze und es wäre verfrüht, darüber zu sprechen, solange es noch nicht in Kraft ist“.

Wenn jedoch nach der Logik gehandelt werden würde, die die Abgeordneten im Untersuchungsausschuss zu den Vorwürfen gegen Jimmy Morales nutzten, kann man vorhersehen, dass die Fälle nicht mehr weiter verfolgt werden könnten. Wenn die Verteidigung der UnternehmerInnen, Abgeordneten und anderen FunktionärInnen auf das Prinzip einer rückwirkenden Geltung und einem Mangel an Sicherheit über die Strafbarkeit hervorbringt, so gibt es eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass die Strafverfahren eingestellt werden. (...)

Die Demokratie steht im Ausverkauf

„Die illegale Wahlkampffinanzierung ist die grösste Bürde für die guatemaltekische Demokratie“, das ist der bekannteste Satz des CICIG-Leiters, Iván Velásquez. Für ihn war die Finanzierung der Wahlkampagne der Beginn der Übernahme des Staates [durch Kriminelle, d.Red.] und deshalb hat er und die MP unter Thelma Aldana in diesen Fällen ermittelt. Nun haben die Abgeordneten in dieser Woche ihre Anstrengungen erhöht, damit die folgenden Wahlen unter den selben obskuren Regeln stattfinden können. In dieser Woche haben die Abgeordneten die Immunität von Jimmy Morales gesichert, sie versuchen der TSE die Trümpfe aus der Hand zu nehmen, Parteien zwangsweise aufzulösen und reformierten den Artikel, der ihnen und ihren Finanziers den Schlaf geraubt hatten. Sie scheinen wirklich nur ein Ziel zu haben: die Demokratie weiterhin im Ausverkauf stehen zu lassen.

Crisis Group-Bericht über die Erfolge der CICIG

Bogotá/New York/Brüssel, 24 Okt. - Die Crisis Group, ein renommierter Think Tank, hat einen Bericht über die Erfolge der CICIG veröffentlicht. Hier folgt die Zusammenfassung, der Link zum Bericht findet sich am Ende dieses Textes.

Am 31. August erklärte Präsident Jimmy Morales, dass die CICIG ab dem September 2019 nicht mehr in dem zentral-amerikanischen Land erwünscht sei. Die Entscheidung von Morales, diese im Jahre 2007 gegründete internationale Ermittlungsbehörde, die für die historisch einmaligen Ermittlungen gegen ehemalige Präsidenten verantwortlich ist, ihrer Funktion zu entziehen, hat einerseits KritikerInnen auf den Plan gerufen, die den Machtmissbrauch in Guatemala beklagen.

gen, aber andererseits das Wohlwollen erlangt jener, für die die CICIG auf den souveränen Rechten eines Landes herumgetrampelt hatte. Trotz der gewaltigen Popularität der CICIG in der Bevölkerung wird es schwer sein, die CICIG zu erhalten, ohne Kompromisse mit der ihr feindlich gesonnenen guatemaltekischen Regierung einzugehen.

Die UN und die Staaten, die dem Land finanziell helfen, sollten die stürmisch vorgetragenen Forderungen von Morales, etwa den Kommissionsleiter zu ersetzen, ablehnen, aber sie sollten die CICIG dazu bringen, ihren Fokus zu schärfen, um die Wahrnehmung ihrer Schlüsselaufgaben verteidigen zu können. (...)

Im Moment scheint es keinen Ausweg aus der Sackgasse für die Zukunft der CICIG zu geben. Europäische Finanziers der Kommission, aber auch die guatemaltekische Zivilgesellschaft und lateinamerikanische Anti-Korruptions-AktivistInnen klagen den Schritt von Morales als einen Versuch an, die politischen und wirtschaftlichen Eliten gegen strafrechtliche Verfahren zu schützen. Morales und seine MitstreiterInnen feiern ihr Verhalten als Wiedergewinnung der nationalen Kontrolle über die Justiz und werfen auf vager und unbewiesener Basis der CICIG eine linke politische Einstellung vor. Nicht nur hat die CICIG einige politische und UnternehmensführerInnen in den Knast bugsiiert, sie hat auch eine Serie von gesetzlichen und institutionellen Reformen bewirkt, deren Zukunft nun in Frage steht. Während der seit 2007 währenden Präsenz der CICIG im Land war Guatemala eines der wenigen lateinamerikanischen Länder, das eine spürbare Verringerung der Mordrate erzielt hat. Zu einer Zeit, die von den Verbrechen der Gangs im nördlichen Dreieck Zentralamerikas (Guatemala, Honduras und El Salvador) mit einer Welle von erzwungenen Vertreibungen und den Fluchtbewegungen nach Mexiko und den USA geprägt ist, ist die Entscheidung, ein Bollwerk für rechtliche und Polizeireformen in der Region zu zerstören, ein strategischer Fehler (...).

Quantitative Analysen und eine genaue Untersuchung der Schritte, die von der CICIG gemacht wurden, um Guatemalas Polizei und Strafverfolgungskräfte zu stärken, zeigen eindeutig, dass die CICIG eine Schlüsselrolle gespielt hat, um die Sicherheitslage im Land zu verbessern. Bis ins Jahr 2007, dem Jahr, in dem die CICIG etabliert wurde, stieg die Rate der Morde jährlich um ein Prozent, seither sank diese Ziffer nach Recherchen der Crisis Group um fünf Prozent jährlich. Insgesamt hat die CICIG schätzungsweise zu einer Reduzierung der Morde um mehr als 4,500 in der Zeit zwischen 2007 und 2017 beigetragen.

Auch wenn die Aussichten zum Überleben der Kommission mehr als unsicher sind, ist ihr Schicksal noch nicht besiegelt. Die Notwendigkeit, ihre Erfolge zu erhalten, muss für die guatemaltekische Regierung und die internationalen UnterstützerInnen heissen, ihr Format zu modifizieren, um so einerseits die Kritikpunkte von Präsident Morales bezüglich der nationalen Souveränität zu berücksichtigen und andererseits jene der internationalen UnterstützerInnen und der Zivilgesellschaft nach einer Fortführung der strengen Ermittlungen. Im Mittelpunkt solcher Veränderungen sollte eine Einigung über die Fallauswahl stehen, in denen mit Ressourcen der CICIG direkt die gefährlichsten kriminellen Banden verfolgt werden und zugleich dazu beitragen, dass rechtliche Reformen eingeleitet werden, die die Transparenz des politischen Systems erhöhen und die Unabhängigkeit des Rechtsstaates und eine effiziente Polizeiarbeit fördern.

Die Positionen der Kommission und der guatemaltekischen Regierung scheinen unüberbrückbar zu sein. Aber das müssten sie nicht, wenn die zwei Seiten – Guatemala auf der einen und UN, USA und EU auf der anderen – ihre Beziehungen neu ordnen und eindeutigere Methoden für die Auswahl der von der CICIG betreuten Fälle aushandeln könnten. Beide Seiten können freilich die Spannungen nur dann überwinden, solange die guatemaltekische Regierung und ihre UnterstützerInnen anerkennen, dass die Verminderung der Gewaltkriminalität ein gemeinsames Ziel ist, das viel wichtiger ist, als FunktionärInnen innerhalb oder im Umfeld der jetzigen Regierung zu schützen.

Gesamter Bericht: <https://d2071andvip0wj.cloudfront.net/070-saving-guatemalas-fight-against-crime-and-impunity.pdf>

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Jetzt auch auf Facebook: www.facebook.com/fijateMagazin

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel

c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6